

Mehr politische Bildung und Demokratiebildung in der landesgeförderten Jugendsozialarbeit in NRW

Eine Arbeitshilfe

Dr. Helle Becker



IMPRESSUM

Herausgeber

LVR-Landesjugendamt Rheinland
Kennedy-Ufer 2
50679 Köln

Autorin

Dr. Helle Becker, Expertise & Kommunikation für Bildung /
Transfer für Bildung e.V.

Redaktion:

Inga Ackermann & Michelle Magaletta,
LVR-Landesjugendamt Rheinland

Layout und Druck:

LVR-Druckerei, Inklusionsabteilung
Tel 0221 809-2418

Köln, Juni 2023

Vorwort.....	3
I. Theoretische Grundlagen	5
1. Politische Bildung und Demokratiebildung sind Thema und Auftrag der Jugendsozialarbeit	6
2. Konzepte	8
2.1 Demokratieerziehung	8
2.2 Präventionsarbeit.....	9
2.3 Politische Jugendbildung und Demokratiebildung	9
3. Integrationsmodell politische Bildung/Demokratiebildung oder: Was kann Jugendsozialarbeit tun?.....	12
3.1 Drei Handlungs-, Wahrnehmungs- und Bildungsmodi.....	12
3.2 Grundsätze des Gesamtkonzepts.....	14
II. Praxisempfehlungen	19
1. Was können Einrichtungen tun?	21
2. Was können Einrichtungsleitungen tun?.....	22
3. Was können Fachkräfte tun?.....	24
4. Wie können Träger unterstützt werden?	25
III. Fazit oder: Jugendsozialarbeit kann nur gewinnen	27
IV. Literatur	29



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Interessierte,

Die Begriffe „politische Bildung“ und „Demokratiebildung“ sind im fachlichen und jugendpolitischen Diskurs in den letzten Jahren omnipräsent. Selbstverständlich werden sie auch im Handlungsfeld Jugendsozialarbeit aufgegriffen und thematisiert.

Dem gesetzlichen Auftrag nach unterstützen und fördern die öffentlichen und freien Jugendhilfeträger in NRW mit sozial- und werkpädagogischen Angeboten junge Menschen beim Übergang von der Schule in den Beruf (§ 13 SGB VIII in Verbindung mit § 13 des 3. AG-KJHG – KJFöG). Dass politische Bildung dabei Teil des Auftrags der landesgeförderten Jugendsozialarbeit in NRW ist, steht an erster Stelle zu den grundsätzlichen Schwerpunkten der Kinder- und Jugendarbeit §10:

„1. die politische und soziale Bildung. Sie soll das Interesse an politischer Beteiligung frühzeitig herausbilden, die Fähigkeit zu kritischer Beurteilung politischer Vorgänge und Konflikte entwickeln und durch aktive Mitgestaltung politischer Vorgänge zur Persönlichkeitsentwicklung beitragen“.

Die vielfältigen Träger von Angeboten der landesgeförderten Jugendsozialarbeit, an die sich das **Projekt „Demokratiebildung und politische Bildung in der landesgeförderten Jugendsozialarbeit NRW“** richtete, sehen diesen Bildungsauftrag genauso. Den teilnehmenden Fachkräften und Trägervertretungen ging es somit nicht um die Frage, ob politische Bildung und Demokratiebildung ein Teil ihrer Angebote werden sollten, sondern wie dies noch besser gelingen und verankert werden kann. Dank ihrem Engagement und dem Einbringen von Praxiserfahrungen konnte das Kooperationsprojekt der beiden Landesjugendämter Rheinland und Westfalen-Lippe erfolgreich umgesetzt werden.

Das Projekt wurde im Zeitraum von Frühjahr 2021 bis Sommer 2022 durchgeführt und hatte Träger von landesgeförderten Jugendwerkstätten, Beratungsstellen mit Einzel- und Gruppenberatungsangeboten sowie Projekten zur Vermeidung schulischen Scheiterns und die hier tätigen Fach- sowie Leitungskräfte als Zielgruppe. In insgesamt zwei Bausteinen ging es darum gemeinsam herauszufinden, wie neue Ansätze politischer Bildung und Demokratiebildung in der Jugendsozialarbeit umgesetzt werden können, um die Möglichkeiten der politischen und gesellschaftlichen Einflussnahme, des Handelns und des Engagements der Zielgruppen in der Jugendsozialarbeit zu stärken und zu fördern.

Neu war zum einen, dass der bestehende GEBe¹-Ansatz zur Demokratieförderung, welcher ursprünglich von Prof. Dr. (i.R.) Benedikt Sturzenhecker für die Offene Kinder- und Jugendarbeit konzipiert wurde, im Rahmen von Baustein 1 für die landesgeförderte Jugendsozialarbeit NRW zu erproben. Die Ergebnisse von Baustein 1 finden Sie in der Veröffentlichung „Demokratiebildung in der Jugendsozialarbeit – Erkenntnisse, Arbeitshilfen und Praxisbeispiele aus der Entwicklungswerkstatt des LWL-Landesjugendamtes Westfalen“.

Auftrag
 Umsetzung
 noch bessere
Verankerung

**Baustein 1 (LWL) ->
Demokratiebildung**

¹ GEBe = Gesellschaftliches Engagement von Benachteiligten fördern.

**Baustein 2 (LVR) ->
politische Bildung
-> Diese Arbeits-
hilfe**

Zum anderen war neu, dass in Baustein 2 bereits bestehende Konzepte der Demokratiebildung und politischen Bildung konzeptionell zusammengedacht wurden und in drei Modi für die Praxis übersetzt wurden. Der in der vorliegenden Arbeitshilfe thematisierte Baustein 2 wollte ursprünglich den Fokus rein auf politische Bildungsangebote legen. **Ziel war es, gemeinsam mit Leitungskräften der Jugendsozialarbeit bestehende Angebote der politischen Bildung zu systematisieren und zu analysieren, welche Strukturen und Rahmenbedingungen es braucht, um diese dauerhaft einzubinden bzw. weiterzuentwickeln.** Im Laufe des Prozesses wurde auf Wunsch der Beteiligten dieser Fokus um das Konzept der Demokratiebildung am Beispiel der GEBe-Methode ergänzt (s. Kapitel I / 2.3). Dr. Helle Becker, welche die wissenschaftliche Leitung für Baustein 2 innehatte, schaffte es, diese in der Wissenschaft voneinander getrennten Konzepte inhaltlich miteinander zu verknüpfen (s. Kapitel I / 3). Zudem wurden gemeinsam mit den Leitungskräften Empfehlungen für die Praxis, vor allem für die Leitungsebene, erarbeitet (s. Kapitel II).



An dieser Stelle möchte ich herzlich Dr. Helle Becker für ihren Einsatz, die Leitung der Workshop-Reihe und die ausführliche Dokumentation der aufschlussreichen Ergebnisse danken. Die Arbeitshilfe bietet vielfältige Impulse, um politische Bildung und Demokratiebildung in den Angeboten der landesgeförderten Jugendsozialarbeit NRW weiter zu verankern - immer mit dem Ausgangspunkt, die jungen Menschen und ihre Interessen in den Mittelpunkt zu stellen. Darüber hinaus möchte ich auch allen beteiligten Fach- und Führungskräften der landesgeförderten Jugendsozialarbeit für ihr Engagement danken, deren Wissen und Erfahrungen essentiell für die Diskussion und die Ergebnisse dieses Projektes waren. Zudem spreche ich meinen Dank auch dem Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes NRW für die Unterstützung und somit Ermöglichung des Projekts aus.

Ich wünsche Ihnen eine bereichernde Lektüre.

Inga Ackermann

Projektleitung Baustein 2
LVR-Landesjugendamt Rheinland

I. Theoretische Grundlagen



1. Politische Bildung und Demokratiebildung sind Thema und Auftrag der Jugendsozialarbeit

„Politische Bildung ist eine Grundsatzaufgabe von Kinder- und Jugendarbeit“.² Mit diesem zentralen Satz im 16. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung (KJB) zur „Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter“ wurde eine Anforderung bekräftigt, die in der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit und der Jugendsozialarbeit alle tätigen Fachkräfte verpflichtet, politische Bildungsmöglichkeiten zu bieten.

**Bekanntes Thema
neu beschrieben**

Den Anspruch, politische Bildungsmöglichkeiten in der Jugendsozialarbeit zu schaffen, kann man historisch bis in die 1960er-Jahre zurückverfolgen; er gehört zum Kern emanzipatorischer Pädagogik. Seit 1991 ist er im SGB VIII, § 1, festgeschrieben. Hier heißt es:

„(1) Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.“ Jugendhilfe, und mit ihr die Jugendsozialarbeit, soll insbesondere (3) „1. junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung fördern und dazu beitragen, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen, 2. jungen Menschen ermöglichen oder erleichtern, entsprechend ihrem Alter und ihrer individuellen Fähigkeiten in allen sie betreffenden Lebensbereichen selbstbestimmt zu interagieren und damit gleichberechtigt am Leben in der Gesellschaft teilhaben zu können.“

Viele Vertretungen der Jugendsozialarbeit in Deutschland haben diesen Auftrag der Kinder- und Jugendhilfe angesichts der aktuellen Entwicklungen in Politik und Gesellschaft neu beschrieben.

„Menschenrechts- und Demokratiebildung sind der Jugendsozialarbeit immanent.³ [...] Die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) e.V. und ihre Mitgliedsverbände nehmen die Jugendsozialarbeit als zentrales Handlungsfeld der Demokratiebildung wahr, denn Jugendsozialarbeit zielt unmittelbar auf die Ermöglichung von vollständiger Teilhabe und sozialer Integration“.⁴

2 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) 2020, S.332

3 Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit e.V., 2019, S.5

4 a.a.O., S.1

I. Theoretische Grundlagen

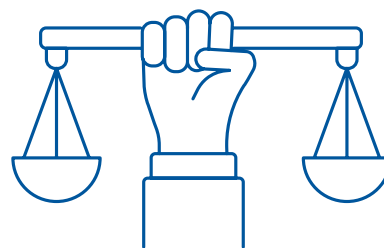
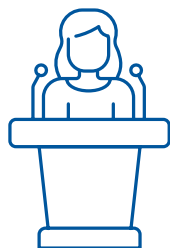
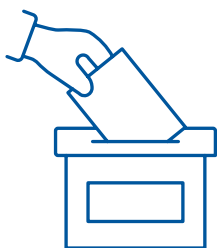
„Es ist unsere Aufgabe, jungen Menschen Wege und Möglichkeiten zu eröffnen, zu politischen und sozialen Themen zu sprechen und dabei auch gehört zu werden. [...] Auftrag der Jugendsozialarbeit ist es, benachteiligte junge Menschen zu fördern und ihre gesellschaftliche Integration zu unterstützen. Dazu zählen auch der Zugang zu politischen Bildungsangeboten und die Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen“.⁵

Ziel der Jugendsozialarbeit sind „entscheidungskompetente und handlungsfähige Bürgerinnen und Bürger, die eine demokratische Gesellschaft gestalten und die demokratische Werteordnung mit ihrem alltäglichen Handeln mit Leben füllen. Politische Bildung hat die Aufgabe, sie dazu zu befähigen“.⁶

Aktuell stellte die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ fest, „dass Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit einen wichtigen Beitrag zur Vermittlung demokratischer Haltungen und zur Ausgestaltung einer lebendigen Demokratie in Deutschland leisten. Junge Menschen werden zum politischen Handeln befähigt sowie dazu, selbstbestimmt agieren zu können und Diskurse kritisch infrage zu stellen.“⁷

Diesen Anspruch teilen politische Bildung und Demokratiebildung. Ihnen geht es darum, **eigenständiges, kritisches politisches Denken und Handeln** zu fördern. Dafür muss sich der Blick auf die Ressourcen, die Stärken und die Interessen der jungen Menschen richten. Dies war der Grundansatz des Projekts „Demokratiebildung und politische Bildung in der landesgeförderten Jugendsozialarbeit in NRW“: **Es ging darum, junge Menschen als Bürgerinnen und Bürger zu adressieren und sie in ihren politischen (Selbst-)Bildungsprozessen zu unterstützen.**

Junge Menschen werden als Bürgerinnen und Bürger adressiert und in ihren politischen (Selbst-) Bildungsprozessen unterstützt.



5 Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit 2020

6 Internationaler Bund, 9. Februar 2017, S.3

7 Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ 2022

I. Theoretische Grundlagen

2. Konzepte

Aktuell war der 16. Kinder- und Jugendbericht Anlass, in allen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe, ganz besonders in der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit, darüber nachzudenken, was man bisher schon tut und wie man mehr Gelegenheiten zu politischer Bildung schaffen kann. Gleichzeitig wurde eine träger- und feldübergreifende Debatte zur politischen Bildung angeregt. Bisher unterscheiden sich das Verständnis und die Praxen politischer Bildung je nach Arbeitsfeld der Kinder- und Jugendhilfe. So gibt es unterschiedliche Konzepte in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit, der Jugendsozialarbeit und der politischen Jugendbildung. Aktuell werden Versuche unternommen, unterschiedliche Theoriemodelle und Praxisverständnisse miteinander in Beziehung zu setzen, um voneinander zu profitieren und zu lernen. Dabei kann man – stark vereinfacht – in der gegenwärtigen Debatte vier Großkonzepte identifizieren: Demokratieerziehung, Präventionsarbeit, politische Jugendbildung und Demokratiebildung.

Demokratieerziehung



2.1 Demokratieerziehung

Beim ersten Konzept, das hier als **Demokratieerziehung** bezeichnet wird, geht es vor allem darum, **prodemokratische Voraussetzungen zu fördern und Demokratie als Lebensform einzuüben**. Es geht um das Ausbilden von „Haltungen und Routinen eines aktiven Demokraten“, „eine Kombination von Haltung, Bewusstsein, Wissen und praktischen Fähigkeiten“⁸. Persönliche Einstellungen und soziale Kompetenzen, zum Beispiel für soziales Engagement, das friedliche Aushandeln von Konflikten oder ein inklusives Miteinander stehen im Mittelpunkt. Demokratie wird als Lebensform vor allem „im Kleinen“, in der Gruppe, der Schulklasse oder Ähnliches, eingeübt. Demokratie als Gesellschaftsform und als Macht- und Herrschaftsform, also gesellschaftliche und politische Dimensionen scheinbar privater, individueller Probleme, spielen eine untergeordnete Rolle, vor allem, wenn es um Kinder und sogenannte benachteiligte Jugendliche geht.⁹

Die Kritik an diesem Konzept benennt vor allem drei Punkte:

1. Es wird angemerkt, dass es eher um das Erlernen prosozialer Verhaltensweisen und Einstellungen geht, weniger darum, sich selbstständig und kritisch mit politischen Verhältnissen auseinanderzusetzen und diese aktiv zu beeinflussen. Man könnte daher auch von **Demokratieerziehung** sprechen, weil es dabei vor allem um eine normativ geleitete Einflussnahme auf das Verhalten Heranwachsender geht.
2. Es wird kritisiert, dass das Modell zwar die Relevanz von Partizipation betont, diese aber oft nur in unpolitischen oder vorpolitischen Räumen **geübt** wird, und nicht **ausgeübt** wird, und junge Menschen keine politisch relevanten Entscheidungen treffen können.¹⁰

⁸ vgl. Edler 2013

⁹ Für den schulischen Kontext wurde eine Stufendidaktik entwickelt, die sich am Alter und an der Schulstufe der Kinder und Jugendlichen ausrichtet. Sie geht davon aus, dass Demokratie für Jüngere in Primarstufe und Sekundarstufe I vor allem als Lebensform vermittelt werden sollte. Demokratie als Herrschaftsform soll erst ab Sek II zum zentralen Thema werden, vgl. Himmelmann 2004.

¹⁰ Zur Kritik an Partizipation, die damit nur „scheinhaft“ ist und eher schadet als nützt, vgl. Lindner 2022.

I. Theoretische Grundlagen

3. Als Drittes wird kritisiert, dass die Thematisierung politischer Fragen an Alter und Bildungsstatus geknüpft wird und angenommen wird, dass Demokratie als Gesellschafts- und Herrschaftsform zu abstrakt oder kompliziert für Kinder und Jugendliche sei. Es gibt viele Erfahrungen und Praxismodelle, die zeigen, dass diese Annahme nicht gerechtfertigt ist.¹¹

2.2 Präventionsarbeit

Ebenfalls verhaltens-normativ bestimmt sind Konzepte, die die **Prävention antidemokratischer, rassistischer oder antisemitischer Einstellungen bzw. einer Radikalisierung** von Jugendlichen zum Ziel haben. Man setzt mit Präventionsabsichten im Vorfeld des Auftretens unerwünschter Zustände an, will deren Herausbildung grundsätzlich unterbinden¹² und sieht Jugend und jugendliche Entwicklungsphasen als potenziell gefährdet oder gefährdend an. Auch hier werden also eher Erziehungs- als Bildungsziele gesetzt. Es wird nicht nur definiert, was positiv sein soll, sondern vor allem, was nicht sein soll, was also Gefährdung, Radikalisierung oder die „Krankheit“ ausmacht, die es zu bekämpfen oder zu verhindern gilt.

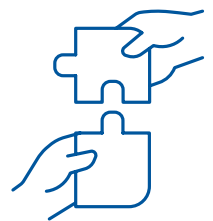
Die Gleichsetzung von Präventionsarbeit und politischer Bildung wird kritisch gesehen. Die politische Bildung und die aus der Sozialpädagogik begründete Demokratiebildung bestehen darauf, junge Menschen grundsätzlich als aktive, gleichberechtigte Mitgestalter*innen unseres Gemeinwesens anzuerkennen und zur aktiven, kritischen und ergebnisoffenen Auseinandersetzung mit Staat und Gesellschaft anzuregen. Das hat auch der 16. Kinder- und Jugendbericht deutlich gemacht:

„Während Prävention per Definition einer Verhinderungslogik folgt, wird Demokratiebildung von einer Ermöglichungs- bzw. Gestaltungslogik bestimmt. [...] Das Interesse konzentriert sich hier nicht problem- und defizitzentriert auf Distanzerhalt zu oder Dekonstruktion von antidemokratischen Haltungen, sondern darauf, Konstruktionsarbeit an Demokratie zu initiieren und zu fördern. Im Vordergrund stehen hier nicht Fragen öffentlicher Sicherheit, sondern Bedürfnisse und Interessen nach individueller und kollektiver Lebensgestaltung im Rahmen der Herstellung, Durchsetzung und Infragestellung allgemein verbindlicher und öffentlich relevanter Regelungen.“¹³

2.3 Politische Jugendbildung und Demokratiebildung

Kommen wir zu den beiden Modellen, die im Projekt „Demokratiebildung und politische Bildung in der landesgeförderten Jugendsozialarbeit NRW“, zentral waren: **politische Jugendbildung und Demokratiebildung**.¹⁴

Präventionsarbeit



¹¹ vgl. exemplarisch Hansen/Knauer/Sturzenhecker 2009 und Becker 2021

¹² vgl. Greuel 2018, S.132

¹³ BMFSFJ 2020, S.128

¹⁴ Mit Demokratiebildung ist hier der Begriff der sogenannten Hamburger Schule gemeint, vgl. Schwerthelm/Sturzenhecker 2016 und Sturzenhecker/Glaw/Schwerthelm 2015-2020 sowie die Arbeitshilfe der LWL-Entwicklungswerkstatt 2022

I. Theoretische Grundlagen

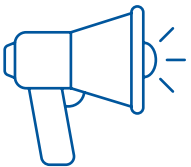
politische Jugend- bildung



In fachlichen Diskursen und in der Praxis der („spezialisierten“) **nichtformalen politischen Jugendbildung** liegt der Schwerpunkt auf der Vermittlung und der herrschaftskritischen Betrachtung politischer Sachverhalte und Probleme. Ein wichtiges Anliegen ist es, die politischen Dimensionen scheinbar individueller Sorgen und Konflikte erkennbar und besprechbar zu machen. Die politische Jugendbildung folgt den Parametern der Jugendarbeit, vor allem Freiwilligkeit, Stärkenorientierung und Partizipation. Sie versteht politische Bildung als Selbstbildung.

Aufgrund ihrer strukturellen Bedingungen sind Träger, vor allem die der politischen Jugendbildung, jedoch häufig gezwungen, quasi proaktiv Angebote zu konzipieren, in der Hoffnung, dass sie auf das Interesse von jungen Menschen treffen. Die Umsetzung partizipativer Ansprüche findet meistens in der Durchführung von (Bildungs-) Angeboten statt, weniger bei deren Planung oder bei der Gestaltung des Umfelds, zum Beispiel einer Bildungsstätte. Nicht erst in letzter Zeit fragen sich die Träger, wie man stärker akut auf politische Fragen reagieren kann, die von Jugendlichen selbst eingebracht werden, und Unterstützung bieten kann, damit diese ihre Anliegen als politisch(e) erkennen und sie verstehen und bearbeiten können. Es werden Konzepte entwickelt, die Jugendliche stärker beteiligen, und zwar sowohl an der Arbeit der Träger als auch im Hinblick auf eine aktive Einmischung für ihre eigenen Angelegenheiten in die Politik.¹⁵

Demokratiebildung



Das Modell einer **Demokratiebildung**, wie es von Wissenschaftler*innen der Universität Hamburg entwickelt wurde, betont das Handeln von Kindern und Jugendlichen im öffentlichen Raum, zu dem auch die Jugend(sozial)arbeit zählt. Es geht darum, jungen Menschen in verfassten Partizipationsformen politisches Handeln zu ermöglichen und dadurch politische, demokratische Selbstbildung zu fördern. Demokratiebildung bedeutet damit die „selbsttätige Aneignung von Demokratie durch ihre Praxis“¹⁶, wobei eine Praxis der Demokratie „eine klare Mitgliedschaft in einer Entscheidungsgemeinschaft [benötigt], in der nicht nur mitentschieden, sondern auch mitverantwortet wird. [...] Insgesamt stellt sich für die politische Jugendbildung und Demokratiebildung die Frage, wie die Überformung der Erfahrungsmöglichkeiten von Mitentscheidung der Kinder und Jugendlichen durch (sozial-)pädagogischen Habitus der Erziehung, Paternalismus, Defizitorientierung, Belehrungshaltung, Konsumorientierung u.Ä. vermindert werden kann“¹⁷.

¹⁵ vgl. Becker 2021

¹⁶ vgl. Sturzenhecker 2020

¹⁷ ebd.

I. Theoretische Grundlagen

Im Projekt „Demokratiebildung und politische Bildung in der landesgeförderten Jugendsozialarbeit NRW“ wurden die beiden letztgenannten Modelle zusammengedacht. Beide gehen von der jugendarbeiterischen Überzeugung aus, dass junge Menschen das Recht haben und die Möglichkeiten erhalten müssen, sich kompetent und selbstbestimmt gesellschaftlich und politisch auseinanderzusetzen und sich einzumischen. Sie sollen sich Politik und Politisches¹⁸ selbst aneignen, unter anderem, indem sie ihre Themen selbst erarbeiten und ihre Angelegenheiten selbst vertreten. Im Zentrum sollten Ressourcen und Stärken sowie jugendliche Mündigkeit stehen, keine Lernzielmodelle, mit denen Erwachsene heute definieren, was die Nachkommen brauchen, um das „gesellschaftliche Aufgabenportfolio“¹⁹ zu bewältigen, dessen Ausgang ungewiss ist und das diejenigen, die heute die Macht haben – die Erwachsenen – offenbar nicht bewältigen können oder möchten.

Politische Bildung
und Demokratie-
bildung zusammen-
gedacht



Damit setzen sich diese beiden Modelle deutlich von den beiden zuerst beschriebenen ab. **Zusammengedacht sollen sie sich ergänzen:** Die politische Jugendbildung will Jugendlichen einen Zugang zum Politischen und zur Politik ermöglichen, auch wenn beides thematisch über den (vermeintlichen) Nahbereich hinausgehen kann. Dies sollte gekoppelt sein an einen partizipativen Ansatz, wie ihn die Demokratiebildung bietet, also an die selbsttätige Aneignung in Form verfasster demokratischer Partizipation in Einrichtungen und Organisationen der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit.²⁰ In dem integrativen Modell von politischer Bildung/Demokratiebildung werden die politischen Fragen, Sorgen, Ideen und Anliegen von Jugendlichen aufgenommen und anhand geeigneter Resonanzen (Arrangements, Nachfragen, Angebote) Gelegenheiten für die Jugendlichen geschaffen, die politischen Dimensionen ihrer Anliegen zu erkennen, zu thematisieren und zu bearbeiten.



18 vgl. Haarmann/Lösch/Oeftering/Pohl/Reinhardt 2019

19 BMFSFJ 2020, S.7

20 vgl. Sturzenhecker/Glaw/Schwerthelm 2015-2020

I. Theoretische Grundlagen

3. Integrationsmodell politische Bildung/Demokratiebildung oder: Was kann Jugendsozialarbeit tun?

Politische Bildung und Demokratiebildung zusammenzudenken ist nicht schwer – erst recht nicht für die Jugendsozialarbeit. Sie kennt unterschiedliche Settings, in denen – je nach strukturellen Bedingungen – beide Ansätze vielfältige Handlungsoptionen bieten. In einer der Expertisen zum 16. KJB „Demokratiebildung und politische Bildung in den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit (SGB VIII § 11-13)“²¹ wurde auf der Grundlage einer empirischen Untersuchung, das heißt praktischer Erfahrungen aus Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit, ein Kategorisierungsvorschlag für diese Handlungsoptionen gemacht.

3.1 Drei Handlungs-, Wahrnehmungs- und Bildungsmodi

Danach kann man **drei Modi** unterscheiden, **die aus der Sicht der Fachkräfte Handlungsmodi** sind, aus Sicht der beteiligten jungen Menschen **Wahrnehmungs- und Bildungsmodi**.

3.1.1 Politische Bildung/Demokratiebildung als anlassbezogene Thematisierung politischer Inhalte

Im Alltag der Einrichtung beobachten die Fachkräfte immer wieder, dass Jugendliche durch ihr Verhalten Probleme und Fragen artikulieren, Sachverhalte verhandeln oder Konflikte ausdrücken, die neben individuellen auch politische Bezüge haben. Diese Situationen bieten Anlässe für Resonanzen (Arrangements, Nachfragen, Angebote), mit denen für die Jugendlichen Gelegenheiten geschaffen werden, die politischen Dimensionen ihrer Anliegen zu erkennen und zu thematisieren. Politische Bildung/Demokratiebildung bietet hierbei Assistenz für politisch bildende (Selbst-)Bildungsprozesse.²²

Beispiel: In der Fahrradwerkstatt soll ein Fahrrad repariert werden, das voller Regenbogen- und LGBTQ-Sticker ist. Die Fachkraft hört, wie sich die Jugendlichen darüber unterhalten, was sie wohl zu bedeuten haben und warum jemand das Fahrrad damit beklebt. Er/sie fragt bei den Jugendlichen nach, ob sie ein Interesse haben, etwas mehr darüber zu erfahren. Gemeinsam wird überlegt, dazu im Internet zu surfen oder ggf. den/die Besitzer*in des Fahrrads einzuladen, mit den Jugendlichen über das Thema zu sprechen.*

Beispiel: Die Fachkraft „erwischt“ vier Jungen beim Kickerspielen im Keller. Aufgrund der Coronaschutzmaßnahmen ist das verboten. Sie verweist die vier aus dem Keller. Die Jugendlichen folgen maulend. Auf dem Weg nach oben erkundigt sich die Fachkraft, was die Jugendlichen stört. Es wird klar: Den Jugendlichen fehlen die Bewegung und das Gruppengefühl. Sie halten die Coronaregeln für überflüssig, schließlich ist niemand von ihnen krank. Die Fachkraft regt an: Wie könnte man Spaß haben, ohne die Coronabestimmungen zu verletzen? Gemeinsam überlegt man, was mit den Coronabestimmungen erreicht werden soll und warum der Staat sie als Regeln für alle erlassen hat. Dann sammeln die Jugendlichen Ideen, wie sie ihrem Bedürfnis nachkommen und gleichzeitig die Auflagen einhalten können. Gemeinsam mit anderen Jugendlichen entwickeln sie ein „Rasenkicker“, bei dem sie auf der Wiese ein Kickerspiel nachstellen – und es mit Abstand und viel Spaß umsetzen.

Politische Bildung/ Demokratiebildung als ...

1. Anlassbezogene
Thematisierung
politischer Inhalte



Tipp: Eine Anleitung für das Beobachten, Dokumentieren und Nutzen solcher Beobachtungen bietet die Arbeitshilfe der LWL-Entwicklungswerkstatt 2022

²¹ Becker 2020

²² vgl. Schwerthelm 2021

I. Theoretische Grundlagen

Beispiel: Das Haus, in dem die Jugendwerkstatt ist, ist schon ziemlich alt. Eine Renovierung steht an. Jedes Mal, wenn die Überalterung des Hauses bei den Jugendlichen Thema ist, mahnen sie an, dass man im alten Pausenraum nicht „so richtig“ Pause machen kann. Eine*r der Sozialpädagog*innen fragt, welche Ausstattung ein Pausenraum haben sollte. Die Jugendlichen sammeln Ideen. Sie stellen fest: Einen Teil des Mobiliars könnte man selbst bauen. Andere Wünsche müssten bei der Renovierung berücksichtigt, einiges angeschafft werden.

3.1.2 Politische Bildung/Demokratiebildung als Erfahrung der/in Partizipationsstrukturen des Handlungsfeldes/der Institution

Damit Jugendliche in demokratischen Prozessen bestimmen können, wie die gemeinsamen Angelegenheiten geregelt werden sollen, können Einrichtungen demokratische Verfahren und Instrumente der Nutzung dieser Rechte im Alltag entwickeln. Hauptelemente sind ein Regelwerk, das Handlungsprinzipien, Berechtigungen und Rechte sowie Verantwortlichkeiten festlegt (eine „Verfassung“), sowie Gremien und Verfahren, wie Vollversammlung, Jugendvertretung, Jugendrat (mit delegierten oder fluiden Teilnehmenden), geeignete Informationswege etc.²³

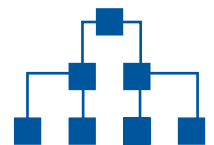
Beispiel: Die Einrichtung hat einen Jugendrat, in dem Angelegenheiten besprochen werden, die die Einrichtung betreffen. Er trifft wichtige Entscheidungen, beispielsweise zu Anschaffungen, Personal und Art der Angebote. Zurzeit berät der Jugendrat über den Wunsch der jungen Menschen nach einem anderen Umgangston zwischen ihnen und den Fachkräften. Was stört die Jugendlichen in der Kommunikation? Was vermissen sie? Warum und wann gibt es Situationen, in denen das Machtgefälle zwischen jungen Menschen und Erwachsenen eine Rolle spielt? Gibt es Ideen, wie man dafür Regeln einführen kann? Welche könnten das sein?

Beispiel: Die Einrichtung hat einen Beteiligungstammtisch, an dem regelmäßig über selbstorganisierte Projekte gesprochen wird. Zurzeit wird das Anliegen vorangetrieben, die Einrichtung zu renovieren und dabei auch Einfluss auf die Ausstattung des neuen Pausenraums zu nehmen. Material und Know-how, wie die Idee kommunalpolitisch eingebracht werden kann, haben einige Jugendlichen im Projekt „Demokratieführerschein“²⁴ erworben, ein Projektkonzept, wie Jugendliche eigene Ideen kommunalpolitisch durchsetzen können. Am Stammtisch werden auch diejenigen informiert, die nicht direkt mitmachen, das Projekt aber verfolgen. Dazu steht auch immer etwas über die nächsten Schritte an einem Schwarzen Brett.

3.1.3 Politische Bildung/Demokratiebildung als gesonderte Auseinandersetzung in eigens arrangierten, thematischen Settings

Manche politischen Themen verlangen eine intensivere Bearbeitung. Entweder braucht man (mehr) Wissen, um etwas verstehen und beurteilen und ggf. ändern zu können, oder adäquate Methoden, um gemeinsam Wissen zu generieren, Erfahrungen zu machen, sich auszutauschen und zu reflektieren. Dafür gibt es spezielle Methoden (Spiele, Recherchen, Austausch, Befragungen, künstlerische/kulturpädagogische Mittel etc.) und Formate (Workshops, Exkursionen, Gesprächsrunden, Projekte, Medienangebote etc.).

2. Erfahrungen in Partizipationsstrukturen



3. Eigens arrangierte, thematische Settings



²³ Anregungen zur Umsetzung bietet Schwerthelm 2020.

²⁴ siehe Becker 2023, i.E.

I. Theoretische Grundlagen

Beispiel: Jeden Morgen bietet eine Fachkraft an, über die politischen Themen des Tages zu sprechen. Gemeinsam mit den jungen Leuten wird im Internet und in Tageszeitungen geschaut, was weltpolitisch, auf Landes- und Bundesebene oder im Ort gerade diskutiert wird. Dabei geht es immer darum zu thematisieren, was gesellschaftliche und politische Entwicklungen und Entscheidungen mit dem eigenen Leben zu tun haben und wie man sie beeinflussen kann.

Beispiel: Nachdem recherchiert wurde, dass die Mittel für die Ausstattung des neuen Pausenraums von der Kommune kommen müssten, hat eine Gruppe Jugendlicher mittels des Konzepts „Demokratieführerschein“ versucht, Schritt für Schritt die kommunalpolitische Entscheidung dazu zu beeinflussen. Sie haben Kosten und Zuständigkeiten recherchiert und Unterstützer*innen gewonnen. Inzwischen sind sie in eine entscheidende Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt eingeladen worden, um ihr Anliegen vorzustellen. In einem Workshop haben sie daher ihre Kommunikationsfähigkeiten trainiert und diejenigen bestimmt, die in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses das Anliegen vorstellen werden.



Beispiel: Die Jugendlichen laden den Besitzer des LGBTQ*-Fahrrads ein, um mit ihm über seine Motivation zu sprechen, das Fahrrad mit Kampagnen-Stickern zu bekleben. Der Fahrradbesitzer berichtet über seine Diskriminierungserfahrungen im Alltag und über Kampagnen und Forderungen der LGBTQ*-Community. Gemeinsam überlegt man, welche Maßnahmen wünschenswert wären, um mehr Gerechtigkeit und Toleranz zu fördern. Vorher haben sich die Jugendlichen auf das Gespräch vorbereitet, Informationen und Fragen gesammelt und sie dem Fahrradbesitzer gemailt.

Das LVR-Programm „Jugend gestaltet Zukunft – Internationale Jugendbegegnungen an Orten der Erinnerung in Europa“ setzt genau hier an. Junge Erwachsene in Angeboten der Jugendsozialarbeit im Rheinland sowie von europäischen Partnern erfahren über die Gräueltaten des NS-Regimes und lernen durch die Begegnung für die Zukunft.

Beispiel: Seit in Israel und Palästina wieder Bomben fliegen, beschimpfen sich junge Menschen syrischer, türkischer und deutscher Herkunft. Die Fachkraft wittert antisemitische Radikalisierung und weist die Jugendlichen scharf zurecht. Das führt zu noch heftigeren Diskussionen. Unter den Kolleg*innen ist niemand, der/die sich zum Nahost-Konflikt richtig auskennt. Eine Fachkraft telefoniert deshalb mit der Bildungsreferentin der befreundeten Jugendbildungsstätte. Die beiden setzen sich zusammen und erstellen ein gemeinsames Konzept: Was hat der Kollege beobachtet? Wo verlaufen die Konfliktlinien? Man entwickelt Ideen, um die Meinungen der Jugendlichen einzuholen: Was wollen sie loswerden? Was bedrückt sie? Welche (spielerischen, künstlerischen, handelnden, sprachlichen) Formen wären dafür geeignet? Es gibt bereits gute Erfahrungen damit, unterschiedliche Perspektiven erfahrbar und besprechbar zu machen. Mit einer Gruppe aus der Einrichtung hat man, auf deren Wunsch, eine Mahn- und Gedenkstätte besucht, um zu erkunden, was Jüdinnen und Juden in Deutschland widerfahren ist, wie Israel entstand und welche jahrzehntelangen Probleme es dort gibt. Es ging hoch her dabei, aber am Ende des Besuchs wollten die Jugendlichen Auschwitz besuchen, um diesen Ort der Schoah mit eigenen Augen zu sehen. Auch dorthin ist man dann gefahren. Vielleicht wäre das Angebot auch in der aktuellen Situation interessant?

3.2 Grundsätze des Gesamtkonzepts

Die Beispiele zeigen: In der Praxis gibt es Überschneidungen, Mischformen und Gleichzeitigkeiten, vor allem Übergänge, zwischen den Modi. So kann aus der Diskussion am Kicker ein Fall für den Jugendrat werden oder in einen Workshop zum Thema Kommunalpolitik münden. Handlungs- und Wahrnehmungsmodi sind miteinander verbunden und stellen ein Gesamtmodell dar: Eine demokratisch organisierte und politisch bildende Einrichtung gestaltet systematisch, am besten angebunden an ein Leitbild bzw. als Gesamtkonzept, alle drei Modi.

I. Theoretische Grundlagen

Das Aufeinanderbezogenheit und Zusammenspiel aller drei Modi qualifiziert diese gegenseitig und verhindert, dass das Politische und das Demokratische durch das Soziale ersetzt werden. Denn dann werden aus anlassbezogenen politischen Themen Gegenstände öffentlicher Verhandlung oder eigener themenbezogener Settings.

Vereint werden die Handlungsmodi aber nicht nur durch praktische (Handlungs-)Schritte, sondern auch durch Grundsätze, die die Handlungen der Fachkräfte leiten und die politische Selbstbildung von jungen Menschen ermöglichen.

3.2.1 Grundsatz 1: Kinder und Jugendliche haben politische Anliegen

Nach wie vor ist die Annahme verbreitet, dass (bestimmte) Kinder und Jugendliche sich nicht für Politik interessieren oder diese zu schwierig für sie sei. Dieses Vorurteil ist seit vielen Jahren wissenschaftlich widerlegt. Schon die Shell-Studie 1997 stellte fest, dass „nicht die Jugendlichen an Politik desinteressiert“ seien, sondern diese im Gegenteil der Politik unterstellten, dass sie an ihnen nicht interessiert sei.²⁵ Burdewick wies 2003 als „zentrales Phänomen“ nach, dass Jugendliche den Eindruck haben, „im Bereich der Politik keine ausreichende Anerkennung als Subjekte mit spezifischen Problemen und Vorstellungen zu erhalten“²⁶ und sich als „Fremde im politischen System“²⁷ fühlen. Sie war es auch, die die Diskrepanz der Jugendlichen zur Politik als „Erwachsenendomäne“ unter anderem an der unverständlichen Sprache festmachte – eine Einsicht, die 2011 empirisch untermauert wurde.²⁸ Die jugendliche Aussage „Politik ist nichts für mich“ sollte also übersetzt werden in: „Ich bin nichts für die Politik.“

Als Folge dieser Nichtbeachtung sprechen sich junge Menschen oft selbst die Legitimation zur politischen Einmischung oder sogar zur Meinungsbildung ab, weil sie sich für inkompetent oder zu wenig informiert halten. Neben dem Alter als objektivem Grund des Ausschlusses von Wahlen oder Parteizugehörigkeit sind es vor allem der familiäre Hintergrund und der allgemeine Bildungsgrad der Jugendlichen, die das Gefühl der Zurückweisung verstärken. Es trifft also besonders junge Menschen, deren Lebenserfahrung ein Zutrauen in die eigenen Fähigkeiten ohnehin erschwert und die nicht auf ein familiäres Entwicklungskapital zurückgreifen können, das sie darin bestärkt, auch als junger Mensch ein kompetentes Mitglied der Gesellschaft zu sein.

Die Nicht-Beachtung politischer Themen Jugendlicher führt dazu, dass diese ihre Lebenskonflikte fast ausschließlich als private und individuell zu bewältigende Anforderungen empfinden und nicht als öffentlich zu verhandelnde Fragen und Sorgen oder gar als Impulse für eigenes Handeln wahrnehmen. Sie haben ein „unsichtbares Politikprogramm“²⁹. Das ist auch ein Reflex auf einen gesellschaftlichen Systemwandel, eine gesteigerte Individualisierung, die dem Einzelnen Aufgaben auferlegt, die öffentliche und politische Ursachen haben und vielfach dort auch zu lösen wären (was auch ein Problem von Erwachsenen ist). **Aber nur weil junge Menschen vieles von dem, was sie bewegt, nicht als politisch identifizieren, heißt das nicht, dass dies nicht politisch ist.** Anders gesagt: **Politische Bildung/Demokratiebildung geht grundsätzlich davon aus, dass junge Menschen politische Anliegen haben und selbst bearbeiten können.**

25 vgl. Fischer/Münchmeier 1997

26 Burdewick 2003, S.70

27 a.a.O., S.143

28 vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung 2011

29 vgl. Kohl/Seibring 2012

Die drei Modi von politischer Bildung/ Demokratiebildung sind

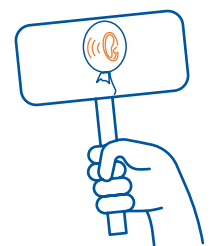
1. anlassbezogen
2. Erfahrungen in Partizipationsstrukturen
3. eigens arrangierte thematische Settings

Junge Menschen haben politische Anliegen ...



~~Politik ist nichts für mich!~~
Ich bin nichts für die Politik!

... und können sie selbst bearbeiten



I. Theoretische Grundlagen

Es geht um „Politik“
und „Politisches“



3.2.2 Grundsatz 2: Es geht um „Politik“ und „Politisches“

Allerdings muss nicht alles, was junge Menschen bewegt, politische Dimensionen haben. So ist auch nicht alles, was in Partizipationsprozessen thematisiert oder entschieden wird, automatisch politisch. Das gilt auch für partizipative Prozesse selbst, sofern es sich „nur“ um geregelte Formen der Auseinandersetzung handelt. So kann man auch die Planung einer Geburtstagsfeier verhandeln. Allerdings können Erfahrungen wie gegenseitige Anerkennung und gleichberechtigte Beteiligung, die in solchen Prozessen gemacht werden, Voraussetzungen für demokratische Beteiligung schaffen, also quasi prodemokratisch wirken.

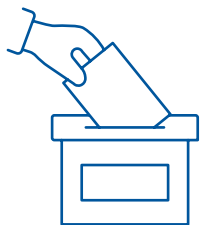
Politisch werden Themen dann, wenn sie eine allgemeine Dimension haben, und wenn es um die Frage geht, wer mit welcher Berechtigung Entscheidungen trifft oder diese beeinflussen kann. Hilfreich ist die Definition aus dem 16. Kinder- und Jugendbericht:



„Politik ist die Gesamtheit der Aktivitäten und Strukturen, die auf die Herstellung, Durchsetzung und Infragestellung allgemein verbindlicher und öffentlich relevanter Regelungen in und zwischen Gruppierungen von Menschen abzielt.“³⁰



In diesem Zusammenhang hilft der Hinweis, dass Jugendsozialarbeit als gesellschaftliche Institution und damit als öffentlicher Raum zu verstehen ist. Weitgehend kann man damit die Gemeinschaft im Jugendhaus als Volk (demos) und dessen Selbstverwaltung bzw. Selbstregierung als „polis“ sehen.³¹ Dieses Verständnis kann sowohl für Deutungen jugendlichen Handelns hilfreich sein – indem man es als Handeln in einem öffentlichen Raum versteht und damit als Appell an Demos und Polis – als auch als Korrektiv für das Handeln von Fachkräften dienen: Dann geht es bei Partizipation in der Jugendsozialarbeit nicht um persönliche Beziehungsgunst, die nach Bedarf entzogen werden kann, und bei politischer Bildung/Demokratiebildung nicht um geschützte Spielwiesen ohne Ernstcharakter oder Fragen ohne gesellschaftliche Relevanz. Selbstverständlich sind junge Menschen auch Mitglied weiterer öffentlicher Räume und politischer Aushandlungsprozesse: in Kommune, Land, Europa und der Welt.



- Die **politische Dimension** in allen drei Handlungsmodi ist die öffentliche Relevanz und Allgemeinverbindlichkeit der Themen sowie die Thematisierung von Interessenskonflikten, Macht und Herrschaft.
- Die **demokratische Dimension** in allen drei Handlungsmodi ist die Frage nach der demokratischen Legitimation von allgemeinverbindlichen Entscheidungen und die Erfahrung, wie entsprechende Auseinandersetzungen und Verfahren funktionieren.

30 BMFSFJ 2020, S.8

31 vgl. Arbeitshilfe der LWL-Entwicklungswerkstatt 2022, S.13f

I. Theoretische Grundlagen

3.2.3 Grundsatz 3: Mitarbeitende in der Jugendsozialarbeit sind Bildungsassistent*innen und Assistent*innen für Selbstorganisation

Nach dem Gesagten wird deutlich, dass das Modell einige Herausforderungen für Mitarbeitende in der Jugendsozialarbeit bereithält.

Vorausgesetzt wurde, dass Jugendsozialarbeit bereit und fähig sein will, als „Übersetzungshilfe“ für politische Reflexion und Erfahrungen und als Wegbereiterin für politische Partizipation zu fungieren. Sie soll helfen, das vorhandene – aber Kindern und Jugendlichen (und oft auch Fachkräften) „unsichtbare“ – Politische in und an ihrem Leben emotional und reflexiv zugänglich machen. Dann geht es nicht darum, Jugendlichen zu vermitteln, wie sie sich in die Gemeinschaft einzufügen haben, oder sie zu belehren, was politische Themen mit ihrer Lebenswelt zu tun haben. Umgekehrt wird es richtig: Es geht darum, die politischen Themen der jugendlichen Lebenswelt als solche zu identifizieren, sie ihnen antwortend (durch geeignete Resonanz) ins Bewusstsein zu heben, kritisch auf den Prüfstand demokratischer Auseinandersetzung zu stellen und jugendlicher Reflexion und Handeln verfügbar zu machen.

Es kann als Fachkraft allerdings manchmal schwerfallen, nicht zu intervenieren, sondern abzuwarten und herauszufinden, welche Fragen, ungelösten Probleme oder Sorgen und Standpunkte junge Menschen mit ihrem Verhalten oder in sprachlichen oder ästhetischen Äußerungen zum Ausdruck bringen. Ebenso gibt es oft den Impuls, für die Jugendlichen zu handeln, anstatt mit ihnen. Auch das Vertrauen, dass Jugendliche ihre eigenen Angelegenheiten kompetent und weitsichtig vertreten können, ist mitunter gering.

Diese Sichtweise ist verständlich. Denn sie entspricht den „ambivalenten Funktionszuweisungen“³², mit denen es Fachkräfte in der Jugend(sozial)arbeit zu tun haben – Professionsvorstellungen, die „in der Praxis scheinbar widerspruchlos nebeneinander existieren können und auch von Fachkräften gleichzeitig verfolgt werden“³³ aber auch oft „einen Wechsel zwischen ihren Rollen und Handlungsweisen von einer Funktion in die andere erfordern“³⁴. Schwerthelm unterscheidet vier Funktionen: **die Kontrollfunktion, die Hilfefunktion, die Bildungsfunktion und die Selbstorganisationsfunktion**³⁵. Im Hinblick auf politische Bildung/Demokratiebildung können zwei „spannungsreiche“ Funktionen aufeinandertreffen. Einerseits sollen die Fachkräfte „jungen Menschen die Erprobung demokratischen Handelns eröffnen und (politische) Bildung ermöglichen“, andererseits sollen sie die Jugend kontrollieren und schützen³⁶.

Die genannten Funktionen sind in der Praxis nicht unabhängig voneinander wirksam. Daher sollten Fachkräfte mit dieser „Hybridität“ bewusst, d.h. reflexiv und handlungsbestimmend, umgehen können. So ging es im Projekt „Demokratiebildung und politische Bildung in der landesgeförderten Jugendsozialarbeit NRW“ um die **Selbstorganisations- und Bildungsfunktion** von Jugend(sozial)arbeit.

Mitarbeitende in der Jugendsozialarbeit sind Bildungsassistent*innen und Assistent*innen für Selbstorganisation

Ambivalenzen reflektieren: für oder mit jemanden handeln...?

Fachkräfte haben eine Kontrollfunktion, eine Hilfefunktion, eine Bildungsfunktion und eine Selbstorganisationsfunktion

32 Schwerthelm 2021, S.886

33 ebd.

34 a.a.O., S.888

35 vgl. a.a.O., S.892f. und S.902. Das Modell wurde für die Offene Kinder- und Jugendarbeit erarbeitet, lässt sich aber auf die Jugendsozialarbeit übertragen.

36 a.a.O., S.889

I. Theoretische Grundlagen

- In der Bildungsfunktion vereinen sich emanzipatorische Ziele und das Primat der Selbstbildung mit einer Funktion für die Gesellschaft: Die Bildungsfunktion besteht darin, „die Entwicklung der Bürger*innen zu selbst- und mitbestimmt handelnden Subjekten zu unterstützen, auf die eine demokratische Gesellschaft für ihren Fortbestand und ihre Demokratisierung angewiesen ist“³⁷.
- „Die Selbstorganisationsfunktion liegt dann darin, einen Beitrag für die – in demokratischen Gesellschaften notwendige – soziale [...] Integration auf dem Wege der Mitwirkung an den prinzipiell demokratisch geregelten Handlungsbereichen der Zivilgesellschaft [...] zu unterstützen“³⁸.
- Aus der Perspektive der Selbstorganisationsfunktion sind die Jugendlichen „grundsätzlich fähig zur Selbstorganisation und dementsprechend mündige, handlungsfähige Subjekte und Bürger*innen des Gemeinwesens“³⁹. Aus der Perspektive der Bildungsfunktion werden sie als „handlungsfähige sich bildende Subjekte anerkannt [...] und darüber hinaus aber auch als sich entwickelnde und veränderte Subjekte adressiert“⁴⁰.

Im integrativen Modell von politischer Bildung/Demokratiebildung werden Fachkräfte dementsprechend verstanden als:⁴¹

- Assistent*innen für Selbstorganisation: Sie „unterstützen ihre Adressat*innen darin, sich selbst zu organisieren, ohne diese zu pädagogisieren. [...] Junge Menschen werden in ihrer Partizipation so unterstützt, dass sie sich auch ohne pädagogisches Einwirken organisieren (können)“⁴².
- Bildungsassistent*innen: Sie „eröffnen ihren Adressat*innen Selbstbildung [...]. Dabei berücksichtigen die Bildungsassistenten gesellschaftliche Rahmenbedingungen und unterstützen ihre Adressat*innen bei deren Emanzipation“⁴³.

Die aus dem Modell und den Grundsätzen resultierenden Anforderungen waren Thema in der Workshop-Reihe des Bausteins 2 des Projekts „Demokratiebildung und politische Bildung in der landesgeförderten Jugendsozialarbeit NRW“.

37 ebd.

38 a.a.O., S.890

39 a.a.O., S.903

40 a.a.O., S.903

41 Schwerthelm vermerkt in diesem Zusammenhang, dass Fachkräfte, wenn sie Funktionsrollen von Kontrolle und Hilfe einnehmen, die Jugendlichen entsprechend als „gefährdet“ und nur begrenzt handlungsfähig oder als (potenziell) deviant und unmündig adressieren.

42 a.a.O., S.902

43 ebd.

II. Praxisempfehlungen



II. Praxisempfehlungen

Wie kann ein integriertes Konzept von politischer Bildung/Demokratiebildung in der Jugendsozialarbeit umgesetzt werden? In Baustein 2 des Projekts „Demokratiebildung und politische Bildung in der landesgeförderten Jugendsozialarbeit NRW“ wurden von Fachkräften und Trägervertretungen Empfehlungen für die Praxis erarbeitet. Sie betreffen verschiedene Ebenen: Die Einrichtungen insgesamt, die Leitungsebene und letztendlich natürlich die Fachkräfte.

Reflexionsfragen	Einrichtung/ Organisation	Leitung	Fachkräfte	Politik
Was mache ich / machen wir schon?				
Was wären meine ersten Schritte? Wo würde ich ansetzen?				
Wo sehe ich die größten Hürden?				
Welche Unterstützungsstrukturen und -instrumente benötige ich?				
Wie kann ich unterstützen?				
Was können Politik und Verwaltung beitragen?				

II. Praxisempfehlungen

1. Was können Einrichtungen tun?

Einrichtungen können in einer Übereinkunft mit allen Mitarbeitenden oder in einem Einrichtungsleitbild **Grundsätze und Routinen festlegen**, die einen „Roten Faden“ für politische Bildung/Demokratiebildung bieten:



! Einrichtungen der Jugendsozialarbeit verankern programmatisch, zum Beispiel in Leitbild, Geschäftsordnung, Hausordnung oder Ähnlichem, demokratische Werte, nach denen alle in der Einrichtung handeln. Sie setzen sich offen für Diversität und Menschenrechte ein.

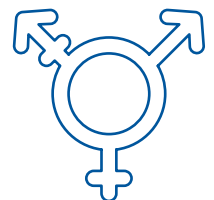
! Politische Themen und Anliegen der jungen Menschen werden grundsätzlich beachtet und erhalten „Resonanz“ in Form von Arrangements, Angeboten etc.⁴⁴

! Einrichtungen etablieren Formate oder Verfahren, mit denen die jungen Menschen den Alltag selbstbestimmt mitgestalten können (zum Beispiel Jugendrat, Jugendversammlung). Partizipationsformen und -verfahren beruhen auf verfassten Rechten („Verfassung“).

! Einrichtungen eröffnen weitergehende Möglichkeiten einer intensiven Auseinandersetzung mit sich daraus ergebenden Themen, z.B. mittels Formaten wie Projekten, Workshops, Aktionen etc., ggf. in Kooperation mit kundigen Kolleg*innen aus der politischen Jugendbildung.

! Dafür werden möglichst dauerhafte Beziehungen zu Trägern politischer Jugendbildung gepflegt, mit denen Extra-Angebote vor- und ggf. nachbereitet werden.

! Einrichtungen geben sich einen Kodex, dass und wie sie Jugendliche, die politisch aktiv werden, anwaltschaftlich unterstützen. Dies gilt vor allem dann, wenn jugendliches Engagement zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen und Angriffen⁴⁵ wird: „Politische Bildung fördert die Parteinahme und die Widerständigkeit gegen jede Form antidemokratischer Positionierungen und Entwicklungen.“⁴⁶ Mit entsprechenden Absprachen können Einrichtungen Fachkräften und jungen Menschen den Rücken stärken, wenn es darum geht, einer vermeintlich geforderten politischen „Neutralität“ zu folgen.⁴⁷



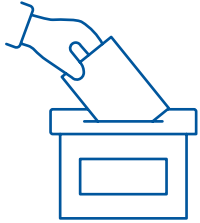
44 vgl. zu Grundsätzen und Methodik Sturzenhecker/Glaw/Schwerthelm 2015-2020, Müller/Schmidt/Schulz 2008 sowie die Arbeitshilfe der LWL-Entwicklungswerkstatt 2022

45 Solche Auseinandersetzungen wurden für die Offene Kinder- und Jugendarbeit in NRW untersucht, vgl. Schuhmacher/Schwerthelm/Zimmermann 2021.

46 BMFSFJ 2020, S.71

47 Eine Zusammenfassung von Einschätzungen v.a. der rechtlichen Aspekte zum Thema „Neutralität“ in der politischen Bildung bietet die Webseite „offen politisch“ der Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Baden-Württemberg e.V. 2022.

II. Praxisempfehlungen



2. Was können Einrichtungsleitungen tun?

Einrichtungsleitungen spielen eine wichtige Rolle bei der Implementierung politischer Bildung/Demokratiebildung. Die Überzeugungen und das Management von Leitungen haben erheblichen Einfluss auf einen Leitbildprozess und die Etablierung von Grundsätzen, die der Orientierung aller Handelnden einer Einrichtung dienen. Sie können Fachkräften wie Jugendlichen die Umsetzung von Verfahren und Methoden ermöglichen bzw. erleichtern. Sie können dafür u.a. folgende wichtige Schritte anregen, einleiten und unterstützen:



- ! Leitungen sollten die Etablierung politischer Partizipationsmöglichkeiten von jungen Menschen, zum Beispiel Formate wie Gruppensprecher*innen, Jugendrat, Jugendvertretung etc., anregen und mitorganisieren. Dafür ist es notwendig, institutionell und persönlich tragbare Reichweiten aller Mitarbeitenden auszuloten und miteinander für alle vertretbare Formen zu finden.

Mögliche Reflexionsfragen sind: *Was verstehen wir unter Partizipation, wie viel eigene Macht sind wir bereit abzugeben und jungen Menschen zu übertragen? Welche Form, welche Verfahren der Selbstverwaltung und/oder Mitbestimmung können wir uns für unsere Einrichtung vorstellen? Welche ist praktisch und organisatorisch umsetzbar? Welche Bedingungen oder Regeln sind unveränderbar? Welche sind es eventuell doch? Wie könnte eine „Verfassung“ aussehen und auf welchem Weg können wir sie gemeinsam mit den Jugendlichen erarbeiten?*



- ! Häufig werden schon praktizierte Formen politischer Bildung/Demokratiebildung nicht erkannt oder thematisiert, wenig reflektiert oder programmatisch gesetzt. Eine systematische Analyse der Situation in der Einrichtung und eine planvolle Herangehensweise können dieses Manko beheben.

Mögliche Reflexionsfragen sind: *Was ist bereits etablierte Praxis in der Einrichtung? Gibt es Beobachtungs- und Resonanzroutinen? Welche Partizipationsformen für Jugendliche gibt es? Welche Angebote werden aufgrund der Interessen und mit den Jugendlichen gemacht? Welche Erfahrungen haben wir jeweils gemacht?*

- ! In Teamsitzungen und gemeinsamen Reflexionsrunden können existierende Narrative thematisiert werden. Beispiele dafür sind: Jugendliche interessieren sich nicht für Politik, politische Bildung ist nichts für sogenannte benachteiligte Jugendliche, Partizipation ist zu voraussetzungsvoll für die Zielgruppe etc. Negative Zuschreibungen sollten auf ihren Gehalt und ihre Wirkungen geprüft werden. Fachkräfte sollten ihre eigenen Vorannahmen reflektieren und ihre Handlungen, die ggf. auf defizitorientierten Vorannahmen basieren, regelmäßig kontrollieren (dafür ist der GEBe-Ansatz hilfreich). Darüber hinaus kann die Frage thematisiert werden, was die Fachkräfte und die jungen Menschen sowie die Einrichtung dafür tun können, die Politik für die Anliegen von Jugendlichen zu interessieren.

II. Praxisempfehlungen

Mögliche Reflexionsfragen sind: *Was sind die Motive und Ziele unserer Arbeit? Welche Narrative (Überzeugungen) beeinflussen unser Handeln? Wie ist unser eigenes Verhältnis zur Politik? Glauben wir an Veränderungsmöglichkeiten? Glauben wir, dass bestimmte (politische) Themen gesetzt werden müssen? Was trauen wir jungen Menschen zu?*

- ! Die „Hybridität“ der Rollen in der Jugendsozialarbeit (vor allem die Hilfe- und die Kontrollfunktion, siehe oben) schafft Normativitäten und heimliche wie offene Machtstrukturen, die einen auf Freiwilligkeit und Ressourcenorientierung basierenden Ansatz politischer Bildung/Demokratiebildung erschweren. Werden diese nicht erkannt und thematisiert, besteht die Gefahr, dass die Fachkräfte ihr Verständnis von Partizipation den hybriden Anforderungen anpassen und Beteiligung eher als Scheinpartizipation, und weniger als politisches Handeln, verstehen und zulassen. In Reflexionsrunden können die hybriden Anforderungen an die Mitarbeitenden in der Jugendsozialarbeit thematisiert werden. Dabei sollten sie auch Handlungskontexte identifizieren, in denen diese Vorrang haben.

Mögliche Reflexionsfragen sind: *Was ist unser eigenes Rollenverständnis? In welchen Situationen übernehmen wir welche Funktionszuweisung? Gibt es eine heimliche Hierarchie der Funktionen? Wann kommen unterschiedliche Funktionen oder bestimmte Rollenüberzeugungen in Konflikt? Können wir uns Handlungsleitlinien geben, die von einem „Funktionsdruck“ entlasten? Was würde eine konsequente Jugendperspektive verändern? Können wir uns sie als allgemeine Regel vorstellen?*

- ! Wenn Leitungen eine systematische Implementierung von politischer Bildung/Demokratiebildung in der Jugendsozialarbeit unterstützen möchten, sollten sie sich und den Mitarbeitenden Zeit und Ressourcen für Beobachtungen, Reflexion, Kommunikation und Erfahrung einräumen bzw. beschaffen.

Mögliche Reflexionsfragen sind: *Wo fehlt uns Zeit für Beobachtung, Reflexion, Abstimmung und Qualifizierung? Welche Möglichkeiten gibt es, Mitarbeitende so zu entlasten, dass sie mehr Zeit haben? Welche personellen und finanziellen Ressourcen werden zusätzlich benötigt?*

- ! Qualitätsentwicklungs- und Qualifizierungsmaßnahmen können allen Beteiligten helfen, neue, experimentelle Konzepte und Handlungsweisen umzusetzen. Dabei ist zu beachten, dass die „Last der Innovation“ nicht auf einzelnen Personen ruht. Um alle in den Prozess einzubinden, können Leitungen zum Beispiel Teamsupervision, Teamentwicklungsarbeit, Kompetenzgruppen, Klausurtage, Konzeptionstage etc. organisieren. Hilfreich kann es sein, wenn die Maßnahmen in den Arbeitsalltag integriert sind, sich also zum Beispiel konzeptionelle Überlegungen, Umsetzungsvorhaben und ihre Anwendung auf die Praxis abwechseln.

Mögliche Reflexionsfragen sind: *Womit können wir anfangen? Wo wissen wir nicht, wie wir anfangen können? Welche Qualitätsentwicklungsmaßnahmen haben wir schon? Wie können wir darin politische Bildung/Demokratiebildung berücksichtigen? Wie können wir einen Wissens- und Erfahrungstransfer zwischen den Fachkräften organisieren?*



oder



II. Praxisempfehlungen

3. Was können Fachkräfte tun?

Fachkräfte können kleine Schritte unternehmen, um ihre Aufmerksamkeit und ihr Handlungsrepertoire in Bezug auf mehr politische Bildung/Demokratiebildung in der Einrichtung zu erweitern.



! Um politische Themen junger Menschen zu erkennen, auch wenn diese sie nicht direkt aussprechen, und um Anlässe für politische und demokratische Erfahrungen und Reflexionen identifizieren und nutzen zu können, helfen spezielle **Beobachtungsrouitinen**. Sie ermöglichen, jugendliche Artikulationsformen zu verstehen, und adäquat zu reagieren, z.B. Settings zu arrangieren, die weitere politische Erfahrungs-, Reflexions- und Handlungsmöglichkeiten eröffnen.⁴⁸



! Fachkräfte sollten politische Themen sachgerecht beurteilen können. Dafür benötigen sie **Politikwissen**.⁴⁹ Basiswissen zum politischen System und den Grundsätzen liberaler Demokratie in Deutschland gehört ebenso dazu wie ein Überblick über das aktuelle Politikgeschehen in Deutschland und der Welt, vor allem in den Herkunftsländern der Jugendlichen und ihrer Familien. Dafür ist es hilfreich, sich regelmäßig, mit Kolleg*innen und/oder jungen Menschen in der Einrichtung über tagespolitische Ereignisse zu informieren und auszutauschen. Dies kann – siehe Beispiel oben – zum Beispiel in einer regelmäßigen Runde geschehen, in der man sich gemeinsam über tagespolitische Themen informiert und austauscht.



! Der hier vorgestellte und in den Workshops diskutierte Ansatz politischer Bildung/Demokratiebildung benötigt regelmäßige Reflexion für eine persönliche (Selbst-)Positionierung, zur Klärung individueller Rollen- und Konzeptverständnisse (z.B. Entscheidungen zwischen eher normativen Konzepten und eher partizipativ-demokratischen Konzepten zu treffen) und zum Ausloten individuell tragbarer Partizipationsreichweiten oder möglicher (politischer) Konflikte mit Dritten.



! Nicht zuletzt ist es wichtig, dass Fachkräfte ihre Möglichkeiten und persönlichen Grenzen kennen und bereit sind, bei Bedarf Unterstützung zu organisieren. Vor allem, wenn es um politische Sachfragen, oder um eine intensivere Auseinandersetzung mit speziellen Themen, zum Beispiel mittels eigener Formate wie Projekte, Workshops, Aktionen etc. geht, sind Kooperation mit kundigen Kolleg*innen aus der politischen Jugendbildung lohnend.

Ermunterung, Unterstützung und Ressourcen, um diese Anforderungen erfüllen zu können, sollten die Fachkräfte von der Leitungsebene und der gesamten Institution erhalten.

48 Anleitungen dafür bot Baustein 1 mit dem GEBE-Ansatz, vgl. Sturzenhecker/Glaw/Schwerthelm 2015-2020, siehe auch Arbeitshilfe der LWL-Entwicklungswerkstatt 2022.

49 Thimmel fordert „Politische Informiertheit“ als Grundkompetenz „in jedem Feld der Bildungs- und Sozialarbeit“, siehe Thimmel 2017, S.65, vgl. auch Naddaf/Thimmel 2021.

II. Praxisempfehlungen

4. Wie können Träger unterstützt werden?

Will man mehr politische Bildung/Demokratiebildung in der Jugendsozialarbeit etablieren, wird das nicht ohne die politische Unterstützung gehen, die die Rahmenbedingungen dafür schafft.

! Träger benötigen Zeit, personelle und finanzielle Ressourcen sowie Beratungs- und Qualifizierungsangebote, um die genannten Qualitätsmanagement- und Entwicklungsmaßnahmen schrittweise, „im laufenden Prozess“, und mit einer möglichst geringen Belastung der Regelarbeit umsetzen zu können.

! Fördermöglichkeiten sollten so gestaltet sein, dass die Beteiligung junger Menschen bei Planung und Durchführung von Maßnahmen berücksichtigt werden kann. Das ist unter anderem möglich, wenn nicht von vornherein alle Details und Ergebnisse einer Maßnahme feststehen müssen. Förderrichtlinien müssen also Gestaltungsfreiheiten und Ergebnisoffenheit erlauben.

! Um jungen Menschen entsprechende Mit- und Selbstentscheidungsreichweiten zu sichern, sollten sie selbst Zugang zu Finanzmitteln haben. So sollte es möglich sein, Teile des institutionellen Finanzbudgets zur Verfügung zu stellen. Solche Mit- und Selbstbestimmungsmöglichkeiten können andersherum Anlass dafür sein, dass Organisationen/Einrichtungen formal abgesicherte Partizipationsmöglichkeiten etablieren und jungen Menschen Bildungsmöglichkeiten eröffnen, um ihre eigenen Interessen zu artikulieren und durchzusetzen.

! Die Perspektive von jungen Menschen sollte in die Qualitätsentwicklung der Organisation/Einrichtung sowie im Rahmen des Wirksamkeitsdialogs in der landesgeförderten Jugendsozialarbeit in NRW integriert werden.

! Durch Fortbildungs- und Fördermöglichkeiten können Einrichtungen dazu angeregt werden, Kooperationen mit Trägern politischer Jugendbildung einzugehen, um mit gemeinsamer Expertise adäquate Aneignungs-, Bildungs- und Handlungsmöglichkeiten zu schaffen. Dafür müssen geeignete Regelungen für den Einsatz von Fördermitteln getroffen werden.

Die Beteiligung junger Menschen am Wirksamkeitsdialog wurde im Jahr 2023 erstmalig umgesetzt.

Förderung ist zum Beispiel möglich über:
A) den Kinder- und Jugendförderplan NRW.
B) die Kommune.
Klären Sie, was kommunal wie förderfähig ist.



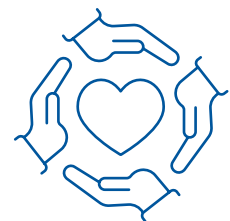
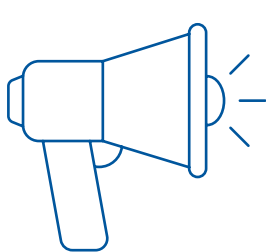
**III. Fazit oder:
Jugendsozialarbeit
kann nur gewinnen**



III. Fazit oder: Jugendsozialarbeit kann nur gewinnen

Muss sich die Jugendsozialarbeit nun ganz neu aufstellen? Müssen jetzt alle „politische Bildung“ und „Demokratiebildung“ können? Nein, es reichen Ihre Fachlichkeit und Innovationsfreude! Bedenken Sie:

- Viele der formulierten Fragen sind Fragen an Ihr pädagogisches Gesamtverständnis und dienen allgemein der Qualitätsentwicklung. Als Einrichtung, Leitung und im Kolleg*innenkreis die vorgestellten Fragen zu beantworten, bietet Gelegenheiten, gemeinsam professionelle Überzeugungen und Konzepte zu prüfen und ein gemeinsames Verständnis – nicht nur zu politischer Bildung/Demokratiebildung – zu entwickeln.
- Für Veränderungen reichen schon kleine Schritte, die zu einem systemischen Gesamtleitbild werden können. Man kann an jeder Stelle der Arbeit, in jeder Minute, ansetzen, demokratisches Lernen, politisches Lernen zu fördern. Dafür notwendige Veränderungen beruhen auf Erfahrungen, Ausprobieren und Umsteuern – immer wieder neu probieren und besser machen.
- Sie haben die jungen Menschen als Partner*innen! Sobald Sie ihre Adressat*innen als Mitgestaltende adressieren, haben Sie einen ersten Schritt zu einer partizipativeren pädagogischen Arbeit getan. Diesbezüglicher Veränderungsbedarf kann in diesem Sinn nur gemeinsam identifiziert werden, Veränderungen sollten gemeinsam – experimentell – erprobt werden. Fehler und Fehlschläge sind erlaubt – sie sind gute Anlässe, um gemeinsam über Gründe und bessere Lösungen zu beraten.
- Sie müssen nicht alles allein machen! Sie können mit anderen Trägern, Verbänden und Expert*innen kooperieren. Auch wenn damit Koordinierungsarbeiten anfallen: Auf lange Sicht erhalten Sie Unterstützung, Entlastung und Anregungen.
- Und bedenken Sie nicht zuletzt: Veränderungen, Stärken und Kompetenzen bei den jungen Menschen sind schnell zu erkennen. Beziehungen zwischen jungen Menschen und Fachkräften verändern sich positiv. Am Ende der Anstrengung steht eine andere Arbeitsatmosphäre und vor allem: mehr pädagogischer Erfolg!



IV. Literatur



IV. Literatur

Arbeitshilfe der LWL-Entwicklungs- werkstatt 2022 – Baustein 1

Landschaftsverband Westfalen-Lippe / LWL-Landesjugendamt Westfalen (Hrsg.) (2022): Demokratiebildung in der Jugendsozialarbeit. Erkenntnisse, Arbeitshilfen und Praxisbeispiele aus der Entwicklungswerkstatt des LWL-Landesjugendamtes Westfalen, online: https://www.lwl-landesjugendamt.de/media/filer_public/98/ea/98ea148b-59f3-4006-986e-c2d64663b1cf/221103-demokratiebildung-jaa_ua.pdf (Zugriff: 10.02.2023)

1. Fachliteratur

Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Baden-Württemberg e.V. (2022): Neutralitätspflicht, Meinungsfreiheit und der Beutelsbacher Konsens. Webseite „offen politisch“, online: <https://www.offen-politisch.de/newsreader-2376/neutralitaet%3%A4tspflicht.html> (Zugriff: 09.02.2023)

Becker, Helle (2020): Demokratiebildung und politische Bildung in den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit (SGB VIII § 11-13) – Studie. Materialien zum 16. Kinder- und Jugendbericht Hrsg. v. Deutschen Jugendinstitut. München, online: https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2021/KJB_Becker_Exp16KJB_16032021.pdf (Zugriff: 09.02.2023)

Becker, Helle (2018): Politischer werden! Politische Jugendbildung als Herausforderung der Jugendarbeit. In: Sozial Extra. 42. Jg., H. 5, S. 13-16

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2020): 16. Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter, online: www.bmfsfj.de/resource/blob/162232/27ac76c3f5ca10b0e914700ee54060b2/16-kinder-und-jugendbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf (Zugriff: 09.02.2023)

Burdewick, Ingrid (2003): Jugend – Politik – Anerkennung. Bonn

Edler, Kurt (2013): Demokraten fallen nicht vom Himmel! Wie Schule zu einem demokratischen Zusammenleben beitragen kann. Ein Kommentar. In: Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Thema Bildung, online: <https://www.bpb.de/themen/bildung/dossier-bildung/174626/demokraten-fallen-nicht-vom-himmel-wie-schule-zu-einem-demokratischen-zusammenleben-beitragen-kann/#node-content-title-1> (Zugriff 09.02.2023)

Fischer, Arthur / Münchmeier, Richard (1997): Die gesellschaftliche Krise hat die Jugend erreicht. Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse der 12. Shell Jugendstudie. In: Jugendwerk der deutschen Shell (Hrsg.): Jugend'97. Zukunftsperspektiven, Gesellschaftliches Engagement, Politische Orientierungen. Opladen, S. 11-23

Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) (2011): „Sprichst du Politik?“. Berlin

Greuel, Frank (2018): Das (zu) weite Feld der Prävention oder: Wo Prävention beginnen und enden sollte, in: Drachenfels, Magdalena von / Offermann, Phillip / Wunderlich, Carmen: Radikalisierung und De-Radikalisierung in Deutschland. Eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Eine Publikation des Forschungsprojekts Radikalisierung und Deradikalisierung in Deutschland, S. 131-135, online: https://www.hsfk.de/fileadmin/HSFK/hsfk_publicationen/GE_Radikalisierung_und_De-Radikalisierung_in_Deutschland.pdf, (Zugriff: 09.02.2023)

Haarmann, Moritz Peter / Lösch, Bettina / Oeftering, Tonio / Pohl, Kerstin / Reinhardt, Sibylle (2019): Die Politische Bildung und das Politische. In: Deutsche Vereinigung für politische Bildung (Hrsg.): Entpolitisierung und Ökonomisierung von Bildung?, Jg. 23, Ausgabe 3, S.16-20

Hansen, Rüdiger / Knauer, Raingard / Sturzenhecker, Benedikt (2009): Die Kinderstube der Demokratie. Partizipation von Kindern in Kindertageseinrichtungen. In: TPS – Theorie und Praxis der Sozialpädagogik. H. 2, S. 46-50, online: https://www.partizipation-und-bildung.de/pdf/Hansen_Knauer_Sturzenhecker_Kinderstube%20der%20Demokratie.pdf, (Zugriff: 09.02.2023)

IV. Literatur

- Himmelman, Gerhard (2004): Demokratie-Lernen: Was? Warum? Wozu?, Berlin: BLK 2004 (Beiträge zur Demokratiepädagogik), online: www.pedocs.de/volltexte/2008/216/pdf/Himmelman.pdf (Zugriff: 06.01.2023)
- Ilg, Wolfgang / Schaal, Sabrina (2022): Das Partizipations-Paradox: Empirische Erkenntnisse aus einem Förderprogramm zur Jugendpartizipation. In: deutsche jugend. 70. Jg., H. 5, S. 209-218
- Keller, Andrea / Pingel, Andrea / Weber, Karl / Lorenz, Andreas (Hrsg.) (2021): Politische Bildung und Jugendsozialarbeit gemeinsam für Demokratie. Neue Wege der Primärprävention. Frankfurt/M.
- Kohl, Wiebke / Seibring, Anne (Hrsg.) (2012): »Unsichtbares« Politikprogramm? Themenwelten und politisches Interesse von »bildungsfernen« Jugendlichen. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Band 1138. Bonn
- Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit (Hrsg.) (2021): dreizehn. Zeitschrift für Jugendsozialarbeit: Jugendsozialarbeit – ein unterschätzter Raum politischer Bildung? H. 26, online: https://jugendsozialarbeit.de/wp-content/uploads/2022/01/211126_Dreizehn-Ausgabe-26_web.pdf (Zugriff: 23.02.2023)
- Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit (Hrsg.) (2018): dreizehn. Zeitschrift für Jugendsozialarbeit: Lebendige Demokratie. Die Aufgabe der Jugendsozialarbeit. Benachteiligte Jugendliche in Beteiligungsprozesse einbeziehen, H. 19, online: https://jugendsozialarbeit.de/wp-content/uploads/2018/06/KVJS_dreizehn_Nr19_web_Einzelseiten.pdf (Zugriff: 09.02.2023)
- Lindner, Werner (2022): Demokratie-Illusionen (in) der Kinder- und Jugendarbeit. In: deutsche jugend. 79. Jg., H. 5, S. 219-228
- Müller, Burkhard / Schmidt, Susanne / Schulz, Marc (2008): Wahrnehmen können. Jugendarbeit und informelle Bildung. Freiburg i. B.
- Naddaf, Zijad / Thimmel, Andreas (2021): Kritische politische Bildung in der Jugendsozialarbeit. In: 13. Zeitschrift für Jugendsozialarbeit, Nr. 26, Dezember 2021, S. 23-26
- Netzwerk aktivierende Bildungsarbeit – Verstärker (Hrsg.) (2014): Wie politische Bildungsarbeit mit bildungsbenachteiligten Jugendlichen gelingen kann. Eine Zwischenbilanz, online: <https://www.bpb.de/medien/204328/Netzwerk%20Verst%C3%A4rker%20%28Hrsg%20%29%20-%20Handlungsempfehlungen%20zur%20politischen%20Bildungsarbeit%20mit%20bildungsbenachteiligten%20Jugendlichen%20Web.pdf> (Zugriff: 10.02.2023)
- Schwerthelm, Moritz (2021): Offene Kinder- und Jugendarbeit als hybride Organisation – ein Modell zur Diskussion ihrer Funktionen. In: Deinet, Ulrich / Sturzenhecker, Benedikt / von Schwänenflügel, Larissa / Schwerthelm, Moritz (Hrsg.): Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit. 5., völlig umgestaltete Ausgabe. Wiesbaden, S. 883-908
- Schwerthelm, Moritz / Sturzenhecker, Benedikt (2016): Die Kinder- und Jugendarbeit nach § 11 SGB VIII. Erfahrungsraum für Subjekt- und Demokratiebildung, online: <https://www.ew.uni-hamburg.de/einrichtungen/ew2/sozialpaedagogik/files/schwerthelm-sturzenhecker-2016-jugendarbeit-nach-p11.pdf> (Zugriff: 10.02.2023)
- Schuhmacher, Nils / Schwerthelm, Moritz / Zimmermann, Gillian (2021): Stay with the trouble. Politische Interventionen im Arbeitsfeld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, In: Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e.V. – BAG OKJE (Hrsg.), online: https://www.kvjs.de/fileadmin/dateien/jugend/Kinder-_und_Jugendarbeit_Jugendsozialarbeit/Offene_Kinder-_und_Jugendarbeit/2021_BAG_OKJE_Studie_Stay_with_the_Trouble.pdf (Zugriff: 10.02.2023)
- Sturzenhecker, Benedikt (2020): Demokratiebildung als Praxis demokratischer Partizipation in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Impulspapier zur Digitalen Fachtagung der Fachstelle politische Bildung: „Forschungs- und Praxisfelder politischer Bildung“ (2.-3. Nov. 2020), online: <https://padlet.com/tfb/session-1-politische-bildung-und-demokratiebildung-zwei-seit-idfq8onrndrt31x/wish/775338923> (Zugriff: 10.02.2023)

IV. Literatur

- Thimmel, Andreas (2017): „Wir brauchen eine Kartografie der Akteure in der politischen Jugendbildung“, Interview in: Transferstelle politische Bildung: Gemeinsam stärker!? Kooperationen zwischen außerschulischer politischer Bildung und Schule. S. 65-67, online: https://transfer-politische-bildung.de/fileadmin/user_upload/Transferstelle_Jahresbroschueren_PDF/Jahresbroschuere-2017-TpB-Kooperationen-web.pdf (Zugriff: 10.02.2023)
- Transfer für Bildung e.V.: Topografie der Praxis politischer Bildung, online: <https://transfer-politische-bildung.de/transfermaterial/topografie-der-praxis/> (Bitte aktivieren Sie die Grafik und nutzen die interaktive Funktion für die Suche nach weiteren Informationen.) (Zugriff: 10.02.2023)
- Weber, Karl / Paus-Burkard, Rüdiger (2019): Außerschulische politische Bildung und Jugendsozialarbeit: Herausforderungen in der Zusammenarbeit. In: jugendsozialarbeit nord – Infodienst – Nr. 203, Februar 2019, online: https://www.aksb.de/fileadmin/redaktion/5_Themen/1_Schwerpunktthemen/Bildungsbenachteiligte_Jugendliche/Weber_Paus-Burkard_Ausserschulische_politische_Bildung_in_Infodienst203_jugendsozialarbeit_nord_Feb19.pdf (Zugriff: 10.02.2023)
- 2. Diskussions-/Positionspapiere zu politischer Bildung und Jugendsozialarbeit**
- Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ (2022): Auftrag und Anspruch politischer Bildung in der Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit. Eine kritische Betrachtung des Status Quo. Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ, online: https://www.agj.de/fileadmin/files/positionen/2022/Positionspapier_Politische_Bildung_Jugendarbeit.pdf (Zugriff 10.02.2023)
- Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ (2017): Politische Bildung junger Menschen – ein zentraler Auftrag für die Jugendarbeit. Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ, online: https://www.agj.de/fileadmin/files/positionen/2017/Politische_Bildung_junger_Menschen.pdf (Zugriff: 10.02.2023)
- AWO – Bundesverband e.V. (2012): Chancengerechtes Aufwachsen in gemeinsamer Verantwortung – (An) Forderungen an eine Politik für Kinder, Jugendliche und Familien, online: https://www.awo.org/sites/default/files/2019-07/3.%20Sozialkonferenz_0.pdf (Zugriff: 10.02.2023)
- Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit e.V. (2019): Impulspapier. Ganzheitlich und lebensweltorientiert! – Demokratiebildung in der katholischen Jugendsozialarbeit, online: https://www.bagkjs.de/wp-content/uploads/2019/11/2019-11-19-Impulspapier-Demokratiebildung_BAGKJS-1.pdf (Zugriff: 10.02.2023)
- Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendämter, der AG Jugendarbeit/Jugendförderung (2022): Politische Bildung in der Kinder- und Jugendarbeit – Herausforderungen und Steuerungsmöglichkeiten für die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe. Positionspapier, online: <http://www.bagljae.de/assets/downloads/5b362538/politische-bildung-in-der-kinder-und-jugendarbeit.pdf> (Zugriff: 10.02.2022)
- Bundesarbeitsgemeinschaft örtlich regionaler Träger der Jugendsozialarbeit (2017): Für eine aufgeklärte, selbstbewusste und engagierte Jugend – Politische Bildung und Partizipation in der Jugendsozialarbeit“, online: https://bagoert.de/fileadmin/daten/Home/Aktuelles/TEXT_Politische_Bildung_Partizipation.pdf (Zugriff: 10.02.2023)
- Das Bundesjugendkuratorium (2017): Thesenpapier. Demokratie braucht alle: Thesen zu aktuellen Herausforderungen und zur Notwendigkeit von Demokratiebildung, online: https://bundesjugendkuratorium.de/data/pdf/press/BJK_Thesenpapier_Demokratie.pdf (Zugriff: 10.02.2023)
- Internationaler Bund (2017): Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit – sie braucht Politische Bildung, online: https://www.internationaler-bund.de/fileadmin/user_upload/storage_ib_redaktion/IB_Portal/Publikationen/Blaue-Reihe/18_Demokratie_ist_keine_Selbstverstaendlichkeit.pdf (Zugriff: 10.02.2023)

IV. Literatur

- IN VIA Katholischer Verband für Mädchen und Frauensozialarbeit Deutschland e.V. (2017): IN VIA für eine offene und demokratische Gesellschaft, online: https://www.invia-deutschland.de/cms/contents/invia.caritas.de/medien/dokumente/migration/in-via-fuer-eine-off/positionierung_offene_und_demokratische_gesellschaft_16_11_2017_v2.pdf?d=a&f=pdf (Zugriff: 10.02.2023)
- jugendsozialarbeit.news: Warum Demokratiebildung im Jugendalter unverzichtbar ist... aus der Sicht von Tom Urig und Dr. Karl Weber. In: Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) e.V. (Hrsg.): jugendsozialarbeit.news, online: <https://jugendsozialarbeit.news/warum-demokratiebildung-im-jugendalter-unverzichtbar-istaus-der-sicht-von-tom-urig-und-dr-karl-weber/> (Zugriff: 10.02.2023)
- Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit (2021a): Diskussionspapier. Überlegungen zu einer Standortbestimmung. Jugendsozialarbeit, Demokratiebildung und Politische Bildung – eine Annäherung, online: https://jugendsozialarbeit.de/wp-content/uploads/2021/02/JSA_polit.-Bildung.pdf (Zugriff: 10.02.2023)
- Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit (2021b): Jugendsozialarbeit und politische Bildung/ Demokratiebildung wirkungsvoll verzahnen – jetzt! Pressemitteilung des Kooperationsverbunds Jugendsozialarbeit, online: https://jugendsozialarbeit.de/wp-content/uploads/2021/01/2021-01-28_PM_16.-Kinder-und-Jugendbericht_final.pdf (Zugriff: 10.02.2023)
- Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit (2020): Politische Bildung und Partizipation, online: <https://jugendsozialarbeit.de/themen/politische-bildung-und-partizipation/> (Zugriff: 15.02. 2020)
- ### 3. Praxishilfen / Methoden
- Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB): Politische Bildung in der Praxis, online: <https://www.aksb.de/themen/politische-bildung-in-der-praxis/> (Zugriff: 10.02.2023)
- Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V. (AdB) (2016): Über Arbeiten! Impulse und Methoden für die arbeitsweltbezogene politische Jugendbildung, online: https://www.adb.de/download/publikationen/AdB_Broschu%CC%88re_Arbeitswelt_WEB.pdf (Zugriff: 10.02.2023)
- Becker, Helle (2023, i.E.): Der Demokratieführerschein. Frankfurt/M.
- Becker, Helle (2021): Demokratieführerschein. Der Führerschein zum Mitmischen in deiner Stadt! Leitfaden und Materialsammlung, hrsg. v. Deutscher Volkshochschul-Verband. Bonn
- Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN (2019): Gestaltungs(spiel)raum Arbeitswelt. Methoden zur politischen Jugendbildung, online: https://www.arbeitundleben.de/images/download/Methodensammlung_komplett_2019.pdf (Zugriff: 10.02.2023)
- IN VIA Katholischer Verband für Mädchen und Frauensozialarbeit Deutschland e.V. (2021): Demokratie einfach machen! Demokratiebildung in der Jugendsozialarbeit. Eine Methodensammlung, online: https://jugendsozialarbeit.news/wp-content/uploads/2022/04/Methodensammlung_Demokratie-einfach-machen_web-002.pdf (Zugriff: 10.02.2023)
- Maroshek-Klarman, Uki / Rabi, Saber (2015): Mehr als eine Demokratie: Sieben verschiedene Demokratieformen verstehen und erleben – 73 Übungen nach der "Betzavta"-Methode, online: <https://download.e-bookshelf.de/download/0004/2415/61/L-G-0004241561-0013613966.pdf> (Zugriff: 10.02.2023)
- Schwerthelm, Moritz (2020): Partizipation in der Offenen Jugendarbeit in Luxemburg. Methoden und Qualitätsstandards. Pädagogische Handreichung, hrsg. v. Service National de la Jeunesse, Luxemburg, online: https://www.enfancejeunesse.lu/wp-content/uploads/2021/07/Brochure_Partizipation-in-der-Offenen-Jugendarbeit.pdf (Zugriff: 10.02.2023)

IV. Literatur

Sturzenhecker, Benedikt / Glaw, Thomas / Schwerthelm, Moritz (2015-2020): Gesellschaftliches Engagement von Benachteiligten fördern – Band 1-3. Gütersloh

Thiagarajan, Sivasailam / Gisevius, Annette / van den Bergh, Samuel / Kehrbaum, Tom (2019): Interaktive Trainingsmethoden 2. Thiagis Aktivitäten für berufliches, interkulturelles und politisches Lernen in Gruppen. Frankfurt/M.

Thiagarajan, Sivasailam / van den Bergh, Samuel (2015): Interaktive Trainingsmethoden 2. Thiagis Aktivitäten für berufliches, interkulturelles und politisches Lernen in Gruppen. Frankfurt/M.

U18 Wahl, c7o Deutscher Bundesjugendring, online: <https://www.u18.org/> sowie c/o Landesjugendring Nordrhein-Westfalen, online: <https://www.ljr-nrw.de/u16-u18/> (Zugriff: 10.02.2023)

4. Informationen zu politischer Jugendbildung mit bildungsbenachteiligten Jugendlichen

Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB) (2019): Politische Bildungsarbeit mit bildungsbenachteiligten Jugendlichen in der AKSB, online: https://www.aksb.de/fileadmin/redaktion/5_Themen/1_Schwerpunktthemen/Bildungsbenachteiligte_Jugendliche/AKSB-Fakt_Bildungsbenachteiligte-Jugendliche.pdf (Zugriff: 10.02.2023)

Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendämter (2022): Politische Bildung in der Kinder- und Jugendarbeit – Herausforderungen und Steuerungsmöglichkeiten für die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe. Positionspapier der AG Jugendarbeit/Jugendförderung, beschlossen auf der 132. Arbeitstagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendämter vom 11. bis 13. Mai 2022 in München

Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN (2014): Zur Arbeit mit bildungsbenachteiligten Jugendlichen: Ein Wegweiser für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, online: https://www.arbeitundleben.de/images/download/Arbeit_mit_bildungsbenachteiligten_Jugendlichen.pdf (Zugriff: 10.02.2023)

Bundesausschuss politische Bildung (bap) e.V.: Informationen zu den Trägern politischer Jugendbildung (Links zu den Verbänden, auf den Seiten der Verbände siehe Mitgliederlisten/Datenbanken), online: <https://www.bap-politischebildung.de/gemini/> (Zugriff: 10.02.2023)

Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e.V. (2019): Gemeinsam stärker. Zur Bedeutung von außerschulischer politischer Bildung für gesellschaftliche Teilhabe geflüchteter Jugendlicher im Kontext von anderen Angeboten der Jugendhilfe und Schule, online: https://empowered-by-democracy.de/wp-content/uploads/2019/12/PJB_EbD_Expertise_web_Doppelseiten.pdf (Zugriff: 10.02.2023)

Deutscher Volkshochschulverband: Praxisbeispiele. Dokumentationen zu Projekten der Politischen Jugendbildung an Volkshochschulen, online: https://www.volkshochschule.de/verbandswelt/projekte/politische_jugendbildung/praxisbeispiele.php (Zugriff: 10.02.2023)

GEMINI (Gemeinsame Initiative der politischen Jugendbildung):

»Demokratie ist nie bequem, macht aber richtig Spaß.« Aktuelle Projekte der politischen Jugendbildung, online: <https://www.bap-politischebildung.de/wp-content/uploads/2011/10/GEMINI-Heft-1-Aktuelle-Projekte.pdf> (Zugriff: 10.02.2023)

»Ich fand's Hammer!« Benachteiligte Jugendliche und Politische Jugendbildung, online: <https://www.bap-politischebildung.de/wp-content/uploads/2011/10/GEMINI-Heft-2-Benachteiligte-Jugendliche.pdf> (Zugriff: 10.02.2023)

»Unter die Haut.« Politische Jugendbildung gegen Rechtsextremismus, online: <https://www.bap-politischebildung.de/wp-content/uploads/2011/10/GEMINI-Heft-3-Jugendbildung-Rechtsextremismus.pdf> (Zugriff: 10.02.2023)

IV. Literatur

TEAM UP! Außerschulische politische Jugendbildung in Kooperation mit Schule, online: https://www.bap-politischebildung.de/wp-content/uploads/2021/01/20_Gemini_Teamup_Brosch_DS-1.pdf (Zugriff: 10.02.2023)

Landesverband der Volkshochschulen NRW

Landesverband der Volkshochschulen von NRW: Programmbereich: Politische Bildung, online: <https://www.vhs-nrw.de/themenfelder/programmbereiche/politische-bildung> (Zugriff: 10.02.2023)

Landesverband der Volkshochschulen von NRW (2012): Reader: Politische Bildung an Volkshochschulen. Grundlagen und Praxisbeispiele, online: <https://www.vhs-nrw.de/wp-content/uploads/2021/06/Reader-Politische-Bildung-an-Volkshochschulen-NRW.pdf> (Zugriff: 10.02.2023)

Mahn- und Gedenkstätten

Liste der Mahn- und Gedenkstätten in NRW, online: <http://www.ns-gedenkstaetten.de/nrw.html> (Zugriff: 10.02.2023)

Andree, Christina (2019): Politische Bildung im Programm. Jugend gestaltet Zukunft. Internationale Jugendbegegnungen an Orten der Erinnerung in Europa. Orientierungshilfe, hrsg. v. LVR-Landesjugendamt, online: https://www.lvr.de/media/wwwlvrde/jugend/jugendfrderung/jugendarbeitanortendererinnerung/dokumente_68/Orientierungshilfe~1.pdf (Zugriff: 10.02.2023)

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb): Datenbank: Erinnerungsorte für die Opfer des Nationalsozialismus, online: <https://www.bpb.de/geschichte/nationalsozialismus/erinnerungsorte/> (Zugriff: 10.02.2023)

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb): Linkliste Webangebote zum Thema Geschichtslernen, online: <https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/geschichte-und-erinnerung/39931/linkliste-webangebote> (Zugriff: 10.02.2023)

Hermer, Gabriela / Hueck, Carsten (2006): Film: Erinnern, aber wie? Herausforderungen der Gedenkstättenpädagogik von morgen. Hrsg. V. Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), online: <https://www.bpb.de/mediathek/143108/erinnern-aber-wie> (Zugriff: 10.02.2023)

Netzwerk Verstärker / Bundeszentrale für politische Bildung (bpb): Um eine gezielte Suche nach Akteur*innen zu ermöglichen, die mit bildungsbenachteiligten Jugendlichen arbeiten, stellt Verstärker eine Datenbank zur Verfügung, die durch den fluiden Charakter des Netzwerks jedoch keinen Anspruch auf Vollständigkeit hat. Online: <https://www.bpb.de/veranstaltungen/netzwerke/verstaerker/202751/datenbank> (Zugriff: 10.02.2023)



